

Demokratie ist das, was wir aus ihr machen

Zu wenig effizient, zu wenig griffig – der Schriftsteller Lukas Bärfuss hält die Demokratie für überholt. Diese Kritik ist en vogue. Nur geht dabei eines vergessen: Demokratie ist mehr als eine Staatsform. Von Thomas Ribi

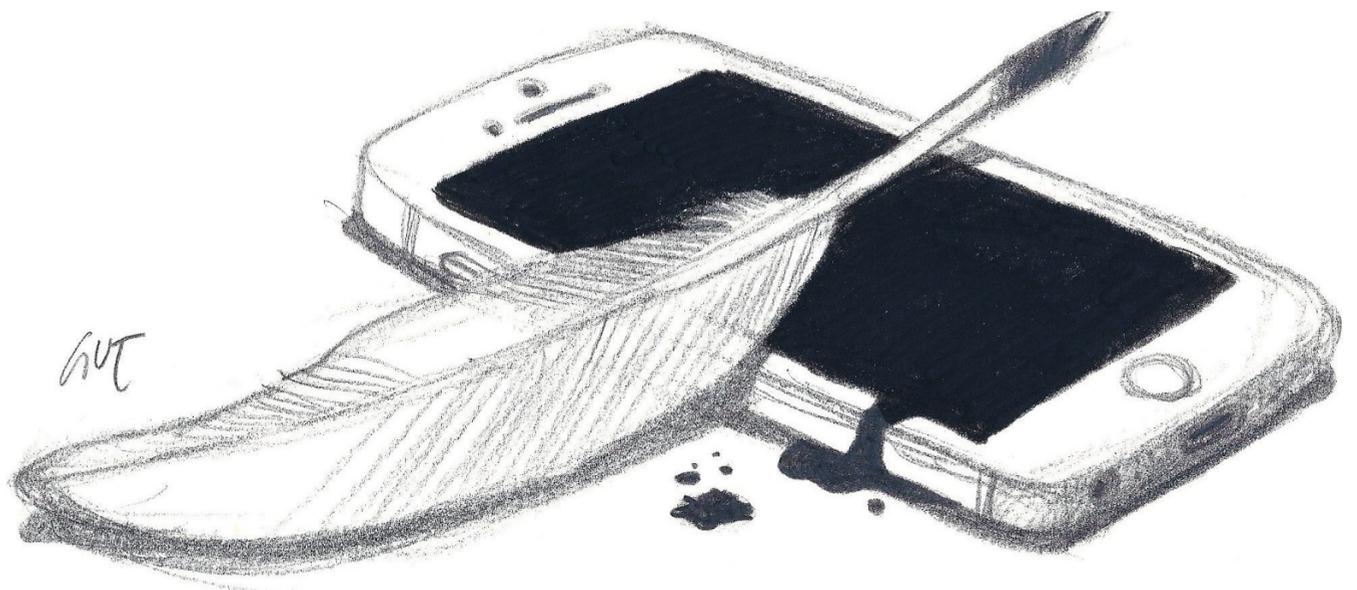
Eigentlich ist sie unantastbar, die Demokratie. Niemand will in den Ruf geraten, kein Demokrat zu sein. Aber wenn's konkret wird, kommen die Einwände. Demokratie – schön und gut, aber viel zu langsam, sagt zum Beispiel Uli Sigg, der frühere Schweizer Botschafter in China, im Interview mit der NZZ. Die Chinesen machten ein Land mit 1,4 Milliarden Einwohnern innert kürzester Zeit zukunftstauglich, während man in Zürich seit zwanzig Jahren über ein neues Fussballstadion diskutiere. Es nütze am Ende wenig, demokratisch zu verfahren, wenn die Entscheidungsfähigkeit darunter leide oder die Qualität der Entscheide immer schlechter werde. Sigg ist mit seiner Kritik bei weitem nicht allein. Der amerikanische Politologe Jason Brennan zum Beispiel fährt in seiner jüngst erschienenen Streitschrift «Against Democracy» grobes Geschütz auf, wenn auch mit anderen Beispielen. Die Briten, schreibt er, hätten sich in ein brandgefährliches Brexit-Abenteuer mit unbekanntem Ausgang manövriert. Amerika habe einen Präsidenten gewählt, der für das Amt offensichtlich unfähig sei. Die Beispiele liessen sich vermehren – und sie zeigten, wohin demokratische Entscheide führen könnten. Entscheide also, die von mündigen, informierten Bürgern nach bestem Wissen und Gewissen getroffen werden.

Zumindest in der Theorie. Praktisch, das zeigt Brennan an Dutzenden von Beispielen, verfügten sogar die Bürger, die sich an Abstimmungen beteiligen, meist nur über Halbwissen. Sie verstünden weder von Politik noch von Wirtschaft genug, um verantwortungsvoll zu entscheiden, urteilten emotional und seien deshalb eine leichte Beute für Demagogen. Volkswahlen, Abstimmungen? Lieber nicht, findet er deshalb. Und wenn schon, dann bitte nur in einem sorgfältig ausgewählten Kreis von Leuten, die wirklich wissen, worum es geht. Eine Demokratie der Experten also. Oder eine von Bürgern, die per Los ausgewählt und geschult würden, bevor sie über eine ganz bestimmte Frage entscheiden, wie es der belgische Historiker David Van Reybrouck vorgeschlagen hat.

Eine Welt, keine Grenzen

Auch Lukas Bärfuss hat seine Zweifel an der Demokratie. Im Magazin des «Sonntags-Blicks» hat der Schriftsteller Bedenken angemeldet, ob sie wirklich geeignet sei, die Probleme einer globalisierten Welt zu lösen. Wirtschaftliche Macht halte sich immer weniger an die Gesetze. Der Rechtsstaat sei in vielen Fällen machtlos, weil räumliche Grenzen mit der Digitalisierung ihre Bedeutung verloren hätten. Staaten seien an Territorien gebunden, an Hoheitsgebiete – eine Vorstellung aus dem 18. Jahrhundert, die den Realitäten und Bedrohungen der Gegenwart nicht mehr gerecht werde. Auch die sozialen Netzwerke sind für Bärfuss ein Beispiel dafür, dass «unsere Staatsform» an ihre Grenzen komme. Sie hätten die Struktur der medialen Öffentlichkeit zerstört. Öffentlich-rechtliche Medien stünden einer globalen Konkurrenz gegenüber, seien aber rechtlich und von der Finanzierung her an Länder gebunden. Versuche, weltweit tätige Social-Media-Giganten wie Facebook, Twitter und Google auf die Einhaltung von Regeln zu verpflichten, zeigten eindringlich die Hilflosigkeit demokratischer Rechtsstaaten. Gesetze müssten erlassen werden – und wer, bitte schön, sollte das nun tun? Zudem nützten sie nur, wenn sie auch durchgesetzt würden – aber von wem?

Grund der Misere? Veraltete Institutionen, die mit der Zeit nicht Schritt gehalten hätten, sagt Bärfuss. Eine Staatsform, die sich überlebt habe. Als Montesquieu und Rousseau die Grundlagen der modernen Demokratie formulierten, habe es in den Städten weder Kanalisation noch Strassenbeleuchtung gegeben. Die Medizin habe nur ansatzweise verstanden, wie Krankheiten entstünden und wie sie zu heilen wären, und von der Struktur von Raum und Materie habe man keinen Begriff gehabt. Wir organisierten den Staat nach Regeln, die vor dreihundert Jahren formuliert worden seien. «Was den Staat betrifft», schreibt Bärfuss, «so leben wir in einem Haus, das dreihundert Jahre alt ist. Wir haben Fenster und Türen ausgewechselt, wir haben neue Böden verlegt – aber die tragen-



den Wände und die Fundamente wurden niemals angetastet. Und langsam merken wir, dass uns dieses Gebäude im 21. Jahrhundert wohl keinen ausreichenden Schutz gewährt.»

Das ist ein eindrückliches Bild, aber so vereinfachend, dass man sich dem Eindruck nicht entziehen kann, Bärfuss habe sich in seiner eigenen Metapher verfangen. Und eigentlich ist es keine Kritik, sondern eine Hinrichtung: Demokratie möge gut und recht sein, lautet der Klartext dahinter, aber wenn's hart auf hart komme, taue sie wenig. Da brauche es andere Mittel, um Recht und Gesetz aufrechtzuerhalten, die Freiheit des Einzelnen zu gewährleisten und ihn vor der Willkür anderer und des Staats zu schützen. Welche, verrät Bärfuss nicht.

Selbstverständlich ist das, was er vorbringt, nicht falsch. Genauso wenig wie das, was Uli Sigg, Jason Brennan und andere an Kritik anführen. Die Gegenwart stellt Staaten vor Herausforderungen, von denen sich die Väter der Demokratie keine Vorstellungen machen konnten. Und was die Zukunft bringen wird, ist offen. In zehn Jahren werden wir uns Fragen stellen, die wir heute nicht einmal verstehen würden, wenn wir sie hören könnten.

Was verbindlich ist

Dass sie nicht falsch ist, macht die hemdsärmelige Kritik an der Demokratie allerdings noch lange nicht richtig. Und die Invektive gegen die Vordenker läuft sowieso ins Leere. Ja, die moderne Demokratie wurde vor zweihundertfünfzig Jahren konzipiert, von älteren Männern, die ihre Briefe von Hand schrieben, eine Woche lang unterwegs waren, wenn sie von Leipzig nach Frankfurt am Main reisten, und keine Ahnung hatten, was ein Smartphone ist.

Nur macht das ihr Denken für uns nicht obsolet. Denn John Locke, Montesquieu, Jean-Jacques Rousseau und Alexis de Tocqueville haben nicht Verfassungen geschrieben, nach denen moderne Demokratien organisiert sind. Und im Grunde haben sie auch keine Staatsform geschaffen. Sie haben weniger getan als das. Und zugleich viel mehr: Sie haben über die Bedingungen nachgedacht, unter denen ein Staat gestaltet werden könnte – und, dies vor allem: Sie haben darüber nachgedacht, in welchem Verhältnis Freiheit, Gleichheit und Recht zueinander stehen. Dabei haben sie Prinzipien formuliert, die für demokratische Staaten verbindlich wurden: Gewaltenteilung, Garantie des Eigentums, Meinungsfreiheit und den Schutz des Einzelnen vor der Macht der Mehrheit. Prinzipien, auf die wohl nicht einmal Lukas Bärfuss verzichten möchte, auch wenn er beklagt, dass

die amerikanische Verfassung der Legislative keine Polizei zur Seite stellt, die den Präsidenten in die Schranken weisen könnte.

Nachdenken über den Staat

Und selbst diese Prinzipien waren für die «Väter» der modernen Demokratie nicht einfach heilig. Wenn Lukas Bärfuss moniert, es sei sehr unwahrscheinlich, dass Menschen, die um 1750 lebten, die «endgültige, perfekte Staatsform» für das 21. Jahrhundert gefunden hätten, zeigt das nur, dass er einem fundamentalen Irrtum anhängt. John Lockes «Two Treatises of Government», Rousseaus «Du contrat social» und Montesquiens «De l'esprit des lois» sind keine heiligen Schriften. Und ihre Verfasser hätten sich am meisten dagegen gewehrt, so gelesen zu werden. Es sind Bücher, in denen man wie bei wenigen anderen den Schreibenden beim Denken zuschauen kann. Und dabei sieht, wie sie ringen. Manchmal mit ihren eigenen Irrtümern, auf Schritt und Tritt mit den fundamentalen Widersprüchen, denen sich jeder Versuch ausgesetzt sieht, einen Staat so zu gestalten, dass die Freiheit des Einzelnen gesichert und die Gleichheit aller vor dem Staat gewahrt ist. Natürlich ist die digitalisierte Welt komplexer, als es die Welt zur Zeit der Aufklärung war. Die erregte Dauerkommunikation über soziale Netzwerke hat den politischen Diskurs verändert. Aber die Fragen, auf die wir heute eine Antwort finden müssen, sind im Kern die gleichen wie die, über die vor zweihundertfünfzig Jahren nachgedacht wurde.

Weder Montesquieu noch Rousseau wollten die «endgültige, perfekte Staatsform» schaffen. Sie wussten, dass es diese nicht gibt – und vor allem: nicht geben darf. Weil sie dem widersprochen hätte, was ihnen vorschwebte: eine Staatsform, in der selbst die Grundlagen des Staates immer zur Disposition stehen. Wenn die älteren Herren aus längst vergangenen Zeiten uns etwas hinterlassen haben, dann das Bewusstsein dafür: dass Demokratie nicht ein Set von Regeln ist, um gesellschaftliche Abläufe zu organisieren. Sondern eine Idee, eine Form des Nachdenkens über den Staat.

Demokratie, so wie sie die Denker des 18. Jahrhunderts entworfen haben, ist ein Versprechen, das sich seiner Unerfüllbarkeit bewusst ist. Der Impuls zu einem Prozess, der nie an ein Ende kommt. Wer, wie Lukas Bärfuss, «die endgültige, perfekte Staatsform» sucht, den muss die Demokratie enttäuschen. Sie bietet keine fertigen Lösungen, die für immer gültig wären, sondern muss jeden Tag neu errungen werden. Demokratie gibt es nicht ein für alle Mal. Sie ist das, was wir aus ihr machen. Darin liegt ihre Verletzlichkeit. Aber auch ihre Stärke.